

Öffentliche Niederschrift

Sitzung des Stadtrates

Sitzungstermin:	Donnerstag, 26.03.2026
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	18:35 Uhr
Ort, Raum:	Großer Sitzungssaal des Neuen Rathauses, Brauerstr. 5, 66663 Merzig

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

Eröffnung der Sitzung

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Außerplanmäßige Mittel für die Strom- und Netzwerksanierung im Kretzschmarhaus 2026/0815
- 3 Festsetzung der Aufwandsentschädigung für Feuerwehrangehörige 2026/0771
- 4 Einführung einer Pauschale zur Abrechnung der Verpflegungskosten in den Kitas der Kreisstadt Merzig; hier: Anpassung der Gebührensatzung für Kindertageseinrichtungen 2026/0789
- 5 Startchancenprogramm Säule II – Erhöhung des Einnahme- und Ausgabeansatzes 2026/0808

- | | | |
|----|---|---------------|
| 6 | Interessenbekundungsverfahren ehemaliger Zeltpalast in Hilbringen | 2026/0839 |
| 7 | Bebauungsplan „Bereich Ostbahnhof“ im Stadtteil Merzig; öffentliche Auslegung gem. § 4 Abs. 2 BauGB und Beteiligung der Behörden gem. § 3 Abs. 2 BauGB | 2026/0796 |
| 8 | Teiländerung des Flächennutzungsplanes im Bereich des Bebauungsplanes „Vordere Rieffstrasse, Teilbereich A“ in der Kreisstadt Merzig, Stadtteil Merzig-Kernstadt; | 2026/0842 |
| 9 | Bebauungsplan „Vordere Rieffstrasse, Teilbereich A“ in der Kreisstadt Merzig, Stadtteil Merzig-Kernstadt; Satzungsbeschluss | 2026/0843 |
| 10 | Fortschreibung Windkulisse im Flächennutzungsplan (FNP) | 2026/0792 |
| 11 | Vermarktung von drei Baugrundstücken für Mehrfamilienhäuser im Rahmen eines Interessenbekundungsverfahrens im Stadtteil Brotdorf | 2026/0797 |
| 12 | Verbesserung der Sauberkeit an den Containerstandorten | 2026/0769-001 |
| 13 | Mitteilungen, Anfragen und Anregungen | |

Protokoll

Öffentlicher Teil

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde. Das Gremium ist beschlussfähig versammelt.

1 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen vor. Auch aus den Reihen der Zuhörer ergeben sich keine Wortmeldungen.

2 **Außerplanmäßige Mittel für die Strom- und Netzwerksanierung im Kretzschmarhaus** 2026/0815 ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage.

Stadtratsmitglied Willems (AfD-Fraktion) spricht sich im Namen der Fraktion für die Bereitstellung der außerplanmäßigen Mittel aus. Das Kretzschmarhaus sei ein wichtiger Bestandteil der städtischen Infrastruktur. Die Sanierung sei notwendig, um Störungen und Sicherheitsrisiken zu vermeiden und die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung zu gewährleisten. Daher sei die Bereitstellung der Mittel keine freiwillige Ausgabe, sondern eine notwendige Investition in die Zukunftsfähigkeit der Verwaltung. Eine moderne, stabile und sichere Infrastruktur Sorge nicht nur für reibungslose Abläufe, sondern sei auch Voraussetzung für Digitalisierung, Effizienz und Bürgernähe. Wer heute in verlässliche Technik investiere, vermeide morgen höhere Kosten durch Ausfälle oder Notlösungen. Die AfD-Fraktion werde der Beschlussvorlage zustimmen.

Beschluss:

Es wird beschlossen, außerplanmäßige Mittel in Höhe von 90.000 € für die notwendige Strom- und Netzwerksanierung im Kretzschmarhaus bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
41	0	0

Der Vorsitzende spricht zur Vorlage. Die Erhöhung der Aufwandsentschädigung an die Verantwortungsträger sei gerechtfertigt. Die Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehr verrichteten wertvolle Arbeit, sorgten für Sicherheit und seien mit der Jugendwehr ein wichtiger Anker für junge Menschen dieser Stadt.

Stadtratsmitglied Guckeisen (CDU-Fraktion) betont, die Wichtigkeit der freiwilligen Feuerwehr diese sei „unbezahlbar, aber nicht umsonst zu haben“. Die Einsatzbereitschaft der Einsatzkräfte falle nicht einfach vom Himmel, sondern koste Zeit, Energie und persönliche Ressourcen. Die Erhöhung der Aufwandsentschädigung an die Verantwortungsträger sei kein Bonus, sondern eine notwendige Anerkennung und Wertschätzung. Für das Wollen einer funktionierenden Feuerwehr müsse man in die Menschen dahinter investieren. Daher stimme die CDU-Stadtratsfraktion der Erhöhung zu.

Stadtratsmitglied Wusterhaus (SPD-Fraktion) erklärt, dass er selbst seit über 25 Jahren aktives Mitglied der Feuerwehr sei. Gerade deshalb sei es ihm wichtig, dieses Thema sachlich und fair zu betrachten. Die Feuerwehr lebe vom Ehrenamt. Zudem umfasse die Arbeit der Feuerwehr mehr als nur die sichtbaren Einsätze. Zu nennen seien hierbei beispielsweise die Aufgaben der Jugendfeuerwehrwarte, Gerätewarte, Funkwarte, Kleiderwarte und Führungskräfte, die Verantwortung für Menschen, Material und Einsätze tragen würden. Das alles fände zusätzlich zum normalen Einsatzdienst, Beruf und Freizeit statt. Die Aufwandsentschädigung sei daher keine Bezahlung im eigentlichen Sinne, sondern ein Ausgleich für Zeit, Aufwand und Verantwortung. Wer solche Verantwortung übernehme, soll dafür auch eine angemessene Anerkennung und Wertschätzung erhalten. Zudem werde das Ehrenamt nicht einfacher. Wenn man wolle, dass auch in Zukunft Menschen dafür bereit seien Verantwortung in der Feuerwehr zu übernehmen, müssten die Rahmenbedingungen stimmen. Die Anpassung der Aufwandsentschädigungen sei dafür ein sinnvoller und richtiger Schritt. Die SPD-Fraktion werde der Beschlussvorlage zustimmen.

Stadtratsmitglied Willems (AfD-Fraktion) teilt mit, dass dieses Thema auf den ersten Blick finanzieller Natur erscheine, in Wahrheit aber die Sicherheit, Verantwortung und Wertschätzung gegenüber dem Ehrenamt betreffe. Die Feuerwehrkameradinnen und -kameraden ständen rund um die Uhr bereit und rückten aus, wenn andere sich in Sicherheit brachten. Das alles täten sie neben Beruf, Familie und privaten Verpflichtungen. Dieses Engagement sei alles andere als selbstverständlich. Gleichzeitig hätten sich die Anforderungen in den letzten Jahren deutlich verändert. Die Einsätze würden komplexer, die technische Ausstattung anspruchsvoller und die notwendige Ausbildung intensiver. Auch die psychischen Belastungen seien gestiegen. Wer heute Feuerwehrdienst leiste, übernehme eine verantwortungsvolle Aufgabe, die ein hohes Maß an Einsatzbereitschaft verlange. Die bisherige Aufwandsentschädigung werde diesen gestiegenen Anforderungen nicht mehr gerecht. Sie solle keine Bezahlung sein, aber zumindest den tatsächlichen Aufwand anerkennen und ausgleichen. Die Anpassung der Aufwandsentschädigung sei daher ein wichtiges Signal der Wertschätzung, Anerkennung und nicht zuletzt ein Signal an zukünftige Mitglieder, dass sich Engagement für die Gemeinschaft auszahle. Darüber hinaus sichere man mit dieser Maßnahme langfristig die Einsatzfähigkeit der Feuerwehr. Gerade in Zeiten, in denen es immer schwieriger werde Ehrenamtliche zu gewinnen, sei es wichtig die Rahmenbedingungen so attraktiv wie möglich zu gestalten. Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sei eine der zentralen Aufgaben der Kreisstadt Merzig. Diese Aufgabe könne man nur erfüllen, wenn man eine

starke, motivierte und gut ausgestattete Feuerwehr habe. Die Erhöhung der Aufwandsentschädigung sei daher keine freiwillige Leistung, sondern eine notwendige Investition in die Zukunft der Gefahrenabwehr. Die AfD-Stadtratsfraktion werde der Beschlussvorlage zustimmen.

Fraktionsvorsitzender Klees (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) schließt sich den Worten der Vorrednerin Guckeisen an. Die Erhöhung sei mehr als gerechtfertigt, daher werde man ebenfalls der Beschlussvorlage zustimmen.

Beschluss:

Die Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Feuerwehrangehörige wird rückwirkend zum 1. Januar 2026 entsprechend der beigefügten Tabelle festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
40	0	0

Stadtratsmitglied Schuh (FWM/FDP-Fraktion) verlässt zu diesem TOP den Saal (17:37 Uhr) und wirkt an der Beschlussfassung nicht mit.

4	Einführung einer Pauschale zur Abrechnung der	2026/0789
	Verpflegungskosten in den Kitas der Kreisstadt Merzig;	
	hier: Anpassung der Gebührensatzung für	ungeändert beschlossen
	Kindertageseinrichtungen	

Der Vorsitzende fasste die Vorlage zusammen.

Stadtratsmitglied Guckeisen (CDU-Fraktion) merkt an, dass die Personalsituation in den Kitas mehr als angespannt sei. Das Mittagessen müsse für jedes einzelne Kind erfasst, dokumentiert, bestellt und abgerechnet werden. Dieses Vorgehen sei nicht nur aufwendig, sondern auch fehleranfällig. Mit der Einführung der Verpflegungspauschale werde ein wichtiger Schritt in Richtung Bürokratieabbau gegangen. Durch die Pauschale werde eine notwendige Entlastung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kitas geschaffen, so dass die pädagogische Arbeit wieder mehr in den Fokus rücken könne.

Stadtratsmitglied Ney (SPD-Fraktion) führt aus, dass auch die SPD-Fraktion der Vorlage zustimmen werde. Die Einführung der Pauschale sei ein wichtiger Schritt zum Abbau der Bürokratie und führe zu einer deutlichen Entlastung der Krippe- bzw. Kitaleitungen bei.

Beschluss:

Zur Einführung von Verpflegungspauschalen für die städtischen Kindertageseinrichtungen wird die Gebührensatzung für Kindertageseinrichtung entsprechend des als Anlage beigefügten Satzungsentwurfs geändert.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
41	0	0

-
- 5 **Startchancenprogramm Säule II - Erhöhung des Einnahme- und Ausgabeansatzes** 2026/0808
ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende spricht zur Vorlage.

Beschluss:

Der Erhöhung der investiven Ausgaben für Säule II des Startchancenprogramms an der GS St. Josef Merzig um 40.000 € wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
41	0	0

-
- 6 **Interessenbekundungsverfahren ehemaliger Zeltpalast in Hilbringen** 2026/0839
zur Kenntnis genommen

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage. Man könne heute, aus sich der Stadtverwaltung, ein tolles Konzept einer Unternehmensgruppe empfehlen. Geplant sei die Errichtung eines Ferienparks mit großer Aufenthaltsqualität, unter anderem aufgrund eines Spielplatzes und Grillmöglichkeiten. Man habe viele gute Gespräche mit der Unternehmergruppe geführt. Die Stadtverwaltung sei daher davon überzeugt, dass die Konzeption die Kreisstadt Merzig touristisch weiter nach vorne bringen könne. Zusätzlich werde die heimische Wirtschaft davon profitieren.

Stadtratsmitglied Doll (CDU-Fraktion) betont, dass es sich bei diesem Projekt um eines mit erheblicher, strategischer Bedeutung für die Zukunft der Kreisstadt Merzig handele. Für die CDU-Fraktion sei klar, dass dieses Vorhaben eine große Chance für die Kreisstadt Merzig darstelle, welche man nutzen sollte. Der Tourismus sei bereits heute eine tragende Säule der lokalen Wirtschaft. Die Zahlen der vergangenen Jahre zeigten deutlich, dass die Nachfrage

nach Übernachtungen in der Region kontinuierlich gestiegen sei. Immer mehr Gäste entdeckten Merzig als attraktives Reiseziel, sei es aufgrund der Lage im Drei-Länder-Eck, der Natur oder des Freizeitangebots. Diese positive Entwicklung dürfe man nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern aktiv gestalten und weiter stärken. Genau an dieser Stelle setzte der geplante Ferienpark an. Durch diesen schaffe man zusätzliche, qualitativ hochwertige Übernachtungskapazitäten. Dies bedeute eine höhere Anzahl an Gästen, längere Aufenthalte und eine höhere Wertschöpfung vor Ort. Davon profitiere nicht nur der Tourismus selbst, sondern insbesondere die Gastronomie, der Einzelhandel und weitere Dienstleister. Auch Freizeitangebote in Merzig würden unmittelbar gestärkt. Ein weiterer entscheidender Punkt sei der Synergieeffekt mit „Das Bad“. Bereits heute sei diese Einrichtung ein wichtiger Anziehungspunkt für die Besucherinnen und Besucher aus der Region und darüber hinaus. Ein Ferienpark in der unmittelbaren Nähe ergänze dieses Angebot ideal. Die Gäste könnten Freizeit, Erholung und Übernachtung an einem Ort verbinden. Gleichzeitig erhöhe sich die Auslastung von „Das Bad“, was wiederum dessen Wirtschaftlichkeit stärke. Auch die geplanten ergänzenden Maßnahmen, wie Spielplatz, Bewegungsparcours und Grillplatz zeigten, dass hier ein modernes, familienfreundliches Angebot entstehen solle. Wichtig sei dabei auch, dass man hier über eine sinnvolle Nachnutzung einer derzeit brachliegenden Fläche spreche. Nach über zwei Jahrzehnten kultureller Nutzung im Zeltpalast, biete sich nun die Chance dieses Gelände neu zu beleben und zukunftsfähig auszurichten. Er richte daher seinen Dank an die Stadtverwaltung, die sich stets darum bemüht habe, diese Fläche einer neuen, sinnvollen Nutzung zuzuführen. Selbstverständlich müsse bei der Umsetzung auf Qualität, Nachhaltigkeit und einer verträglichen Eingliederung in das Stadtbild geachtet werden. Die CDU-Fraktion spreche sich klar für die Zustimmung der vorliegenden Planungen aus.

Stadtratsmitglied Brausch (SPD-Fraktion) hält den Sport- und Freizeitpark für einen zentralen Ort in der Kreisstadt Merzig. Auch der Zeltpalast habe eine lange Zeit dazu beigetragen, daher solle und dürfe dieses Gelände nicht dauerhaft brachliegen. Das vorgestellte Konzept sei eine tolle Lösung zur Weiterentwicklung. Die Schaffung von Ferienhäusern an dieser Stelle sei eine wunderbare Ergänzung zudem bereits bestehenden Freizeitangebot. Besonders erfreulich sei dabei, dass hierbei nachhaltig gedacht werde. Die SPD-Fraktion unterstütze dieses Vorhaben, da dieses Konzept viele Touristen anziehen werde und besonders für Familien attraktiv sei.

Stadtratsmitglied Willems (AfD-Fraktion) schließt sich ihren Vorrednern an. Die AfD-Fraktion befürworte ebenfalls das vorgelegte Konzept.

Stadtratsmitglied Schuh (FWM/FDP-Fraktion) hält dies ebenso für ein sehr gutes Projekt. Er habe bisher jedoch keinen Vertragsentwurf einsehen können.

Der Vorsitzende weist daraufhin, dass weder über Namen, noch über Vertragsinhalte im öffentlichen Teil der Sitzung gesprochen werden dürfe. Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung werde über die weiteren Inhalte informiert.

Fraktionsvorsitzender Klees (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen großes Potential in diesem Projekt sehe. Dieses könne zu einem Vorzeigeprojekt hinsichtlich der Kombination aus Nachhaltigkeit und Tourismus werden.

Beschluss:

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

-
- 7 **Bebauungsplan „Bereich Ostbahnhof“ im Stadtteil Merzig; öffentliche Auslegung gem. § 4 Abs. 2 BauGB und Beteiligung der Behörden gem. § 3 Abs. 2 BauGB** **2026/0796**
ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende informiert über die Vorlage.

Beschluss:

1. Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung, dem Textteil und der Begründung, wird gebilligt und
2. der Auslegung der Planunterlagen gem. § 3 Abs. 2 BauGB, zur Beteiligung der Öffentlichkeit und der gleichzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB, sowie der Nachbargemeinden gem. § 2 Abs. 2 BauGB, zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
41	0	0

-
- 8 **Teiländerung des Flächennutzungsplanes im Bereich des Bebauungsplanes „Vordere Rieffstrasse, Teilbereich A“ in der Kreisstadt Merzig, Stadtteil Merzig-Kernstadt;** **2026/0842**
ungeändert beschlossen

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen gemäß der beiliegenden Beschlussvorlage sowie die Übernahme des Abwägungsergebnisses in die Planung.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Nachbargemeinden, die sich zur Planung geäußert haben, von dem Ergebnis der Abwägung in Kenntnis zu setzen. Hierzu ist das Ergebnis den Behörden sowie sonstigen Trägern öffentlicher Belange und den Nachbargemeinden schriftlich mitzuteilen.
3. Der Stadtrat beschließt gem. § 6 Abs. 5 BauGB die Teiländerung des Flächennutzungsplanes im Bereich des Bebauungsplanes „Vordere Rieffstraße, Teilbereich A“. Die Begründung und der Umweltbericht werden gebilligt. Der Beschluss der Teiländerungen des

Flächennutzungsplanes vom 18.12.2025 wird durch den vorliegenden Beschluss ersetzt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
41	0	0

-
- 9 **Bebauungsplan „Vordere Rieffstrasse, Teilbereich A“ in der Kreisstadt Merzig, Stadtteil Merzig-Kernstadt; Satzungsbeschluss** **2026/0843**
ungeändert beschlossen

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen gemäß der beiliegenden Beschlussvorlage sowie die Übernahme des Abwägungsergebnisses in die Planung.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Nachbargemeinden, die sich zur Planung geäußert haben, von dem Ergebnis der Abwägung in Kenntnis zu setzen. Hierzu ist das Ergebnis den Behörden sowie sonstigen Trägern öffentlicher Belange und den Nachbargemeinden schriftlich mitzuteilen.
3. Der Stadtrat beschließt gem. § 10 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B), als Satzung. Die Begründung und der Umweltbericht sowie die vorliegenden Gutachten (Verkehrsgutachten, Auswirkungsanalyse) werden gebilligt. Der Satzungsbeschluss vom 19.12.2026 wird durch den vorliegenden Beschluss ersetzt.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, den Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
40	0	1

-
- 10 **Fortschreibung Windkulisse im Flächennutzungsplan (FNP)** **2026/0792**
ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende fasst die Vorlage zusammen.

Fraktionsvorsitzender Auweiler (CDU-Fraktion) befürwortet die Beschlussvorlage. Die Windenergienutzung in Merzig sei kein neues Thema. Bereits seit Jahren bringe die Kreisstadt Merzig die Windenergienutzung gemeinsam mit den Partnern voran. Besonders wichtig sei

hierbei die Verteilung der Flächennutzungspotenziale. Sollten keine Flächen definiert werden, könne es zu einem Wildwuchs an Windkraftanlagen kommen. Da man genau das verhindern wolle, sei es wichtig den Flächennutzungsplan auf den Weg zu bringen und fortzuschreiben. Auch für die Zukunft müsse der Fokus weiterhin auf regionale Partner, wie beispielsweise die Stadtwerke, gelegt werden. Dies ermögliche einen verlässlichen Ansprechpartner vor Ort sowie Wertschöpfung aus der Region. Es sei wichtig, dieses Thema anzugehen, Regionales zu verwurzeln, Bürgerinnen und Bürger miteinzubeziehen sowie Energie vor Ort herzustellen.

Stadtratsmitglied Kautenburger (SPD-Fraktion) stimmt dem Vorredner zu, möchte aber die Aspekte des Klimaschutzes und die Entwicklung der Rohstoffpreise näher in den Fokus rücken. Getreu dem Motto „Großes beginnt im Kleinen“ sollten auch die Kommunen frühzeitig in die Planungen gehen. Die Kreisstadt Merzig sei hinsichtlich dieses Themas bereits sehr weit. Nichtsdestotrotz müsse man noch nachlegen. Daher sei es wichtig, frühzeitig die Verteilung der Flächen festzulegen, um einen Wildwuchs bei den Ansiedlungen zu verhindern. Noch wichtiger sei es, dass sich die ausgewiesenen Flächen im städtischen Eigentum befänden. Vor allem im Hinblick auf den städtischen Haushalt sowie den Ausblick der Entwicklungen sei es wichtig, Einnahmen aus der Pacht zu generieren und Gewinnbeteiligungen abzuschöpfen. Auch die Bürgerinnen und Bürger sollen durch Einhalten der Abstandsflächen geschützt werden. Für die SPD-Fraktion sei die Beschlussvorlage eine „runde Sache“, die sie unterstütze.

Stadtratsmitglied Willems (AfD-Fraktion) spricht sich im Namen der AfD-Fraktion gegen die Fortschreibung aus. Die AfD-Fraktion stehe für eine ausgewogene und verlässliche Energiepolitik. Dazu gehöre für sie ein breiter Energiemix, welcher Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit gleichermaßen berücksichtige. Eine einseitige Fokussierung auf Windenergie werde diesem Anspruch nicht gerecht, da Windkraft neben dem Nutzen auch erhebliche Nachteile bringen würden. Zu nennen seien Eingriffe in Natur und Landschaft, Belastungen für Anwohner sowie eine unbeständige Energieerzeugung. Diese Aspekte seien aus Sicht der AfD-Fraktion nicht ausreichend gewichtet. Ziel der AfD-Fraktion sei ein Mix aus verschiedenen Energieformen und nicht die überwiegende Konzentration auf Windenergie.

Fraktionsvorsitzender Klees (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) stimmt den Worten des Fraktionsvorsitzenden Auweiler (CDU-Fraktion) zu. Die Wertschöpfung der Windenergie vor Ort sei das Beste, was man derzeit machen könne. Die Aussage von Stadtratsmitglied Willems, dass eine einseitige Konzentration auf Windkraft gelegt werde, werde dem Gesamtkonzept der Energieversorgung nicht gerecht. Zudem sei der Einfluss von Windrädern auf die Umwelt minimal im Vergleich zu fossilen Energieerzeugnissen.

Der Vorsitzende merkt an, dass durch die Ablehnung dieser Beschlussvorlage Windkraftanlagen nicht verhindert werden, sondern diese dann auf nicht ausgewiesenen Stellen errichtet werden könnten. Durch die vorliegende Beschlussvorlage habe man aber die Möglichkeit, städtische Flächen für Windräder auszuweisen sowie städtische Einnahmen zu generieren.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Fortschreibung des Flächennutzungsplans der Kreisstadt Merzig im Teilbereich Windenergienutzung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
36	5	0

-
- 11 **Vermarktung von drei Baugrundstücken für Mehrfamilienhäuser im Rahmen eines Interessenbekundungsverfahrens im Stadtteil Brotdorf** 2026/0797
ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende informiert über die Vorlage.

Stadtratsmitglied Kremer (CDU-Fraktion) führt aus, dass die Vermarktung der Baugrundstücke für Mehrfamilienhäuser im Rahmen eines Interessenbekundungsverfahrens zeige, dass es weiter vorangehe. Er hoffe auf lukrative und gute Angebote.

Stadtratsmitglied Büdinger (SPD-Fraktion) teilt mit, dass man sich in Brotdorf darauf freue, dass es im Neubaugebiet vorangehe. Die SPD-Fraktion unterstütze die Vorlage der Stadtverwaltung zur Eröffnung des Interessenbekundungsverfahrens.

Beschluss:

Der Durchführung des Interessenbekundungsverfahrens zur Veräußerung der drei Baugrundstücke für Mehrfamilienhausbebauung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
41	0	0

-
- 12 **Verbesserung der Sauberkeit an den Containerstandorten** 2026/0769-001
ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende spricht zur Vorlage. Er danke allen Mitwirkenden der Arbeitsgruppe für die konstruktiven und zielführenden Diskussionen, die zum folgenden, in der Vorlage ersichtlichen, Ergebnis geführt haben.

Fraktionsvorsitzender Auweiler (CDU-Fraktion) führt aus, dass man hinsichtlich dieser Thematik parteiübergreifend zu einem guten Ergebnis kommen müsse. Was die Bußgelder betreffe, solle der Rahmen so weit wie möglich ausgeschöpft werden.

Stadtratsmitglied Rehlinger (SPD-Fraktion) teilt mit, dass die SPD-Fraktion den vorgeschlagenen Maßnahmen zustimme, merkt aber an, dass hinsichtlich der geplanten Sauberkeitsermittler die Befristung auf ein Jahr erfolge solle. Man erwarte hier Leistungsnachweise, bezüglich der Verursacherermittlung und der Ausschöpfung des Bußgeldrahmens. Ein weiterer entscheidender Punkt sei die soziale Kontrolle. Es gäbe gute Beispiele dafür, dass dort wo soziale Kontrolle stattfindet, weniger Müll abgeladen werde. Müll werde nämlich dort abgeladen, wo niemand hinsehen könne. Daher unterstütze man die Prüfung zusätzlicher Beleuchtung ausdrücklich. Was die Containerstandorte gehe, müsse ein Umdenkprozess stattfinden. Container gehörten nicht in die „letzte dunkle Ecke abseits der Wege“, sondern dort hin wo Menschen leben und sich bewegen. Nur durch deren Sichtbarkeit schaffe man soziale Kontrolle, welche illegale Ablagerungen von vornherein verhindere. Man benötige daher einen großen Mix an Maßnahmen.

Fraktionsvorsitzender Klees (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) betont die Schwierigkeit dieses Themas, welches eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Er habe jedoch Bedenken, dass der Fokus momentan zu sehr auf Abschreckung liege.

Der Vorsitzende teilt mit, dass man hinsichtlich der Sauberkeitsermittler eine Befristung auf ein Jahr vorsehe.

Fraktionsvorsitzender Klees (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) merkt an, dass er die Videoüberwachung als nicht sinnvoll erachte, da diese nicht zu einem brauchbaren Ergebnis führen werde. Er sehe den Kosten-Nutzen-Faktor als nicht gegeben an.

Beschluss:

1. Videoüberwachung von Containerstellflächen: Der Punkt wird vertagt.
2. Der Stadtrat spricht sich dafür aus, die im „Verwarnungs- und Bußgeldkatalog Umwelt für das Land Saarland“ vom Ministerium für Umwelt, Klima, Mobilität, Agrar und Verbraucherschutz vorgegebenen Verwarnungs- und Bußgeldrahmen im pflichtgemäßen Ermessen in ihrem gesamten Umfang auszuschöpfen.
3. Die Aufklärungskampagne wird wie vorgeschlagen durchgeführt.
4. Die Anzahl der Schuh- und Kleidercontainer bleibt unverändert.
5. Um die Sauberkeit im gesamten Stadtgebiet, vor allem aber an den Containerplätzen sichtbar zu verbessern, wird beschlossen, beim Fachbereich Sicherheit und Ordnung zwei sogenannte Sauberkeitsermittler im Rahmen eines geringfügigen Beschäftigungsverhältnisses einzustellen.
6. Anzahl der Papiercontainer: Der Punkt wird vertagt und zunächst in den Ortsräten diskutiert.
7. Beleuchtung von Containerstellflächen: Der Punkt wird vertagt bis die geeigneten Standorte ermittelt wurden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
41	0	0

13 Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

Der Vorsitzende informiert über die Kita Brotdorf.

Stadtratsmitglied Görgen (CDU-Fraktion) spricht die aktuelle Verkehrssituation auf der Hilbringer Brücke an. Dort sei der Fuß- und Radweg durch die vorherrschende Absper- rung sehr schmal. Des Weiteren befänden sich am Ortseingang Hilbringen, aus Richtung Fitten kommend, Bauschuttablagerungen, welche von Tiefbauarbeiten herrührten.

Der Vorsitzende informiert darüber, dass es bereits eine Anfrage bezüglich des Fuß- und Radwegs der Hilbringer Brücke im letzten Hauptausschuss gegeben habe. Diese Anfrage habe man an den LfS weitergeleitet. Mehr könne die Stadtverwaltung nicht tun.

Bürgermeister Bies teilt mit, dass man die Firma bezüglich der Ablagerungen nochmals anschreiben und eine Frist setzen werde.